

## **Hintergrund zu Sicherheitsmaßnahmen und -fragen in der Lieferkette**

Seit dem 1. Juli 2009 erhalten europäische Unternehmen Erleichterungen bei Zollprüfungen wenn sie Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (Authorised Economic Operator AEO) sind. Darüber hinaus könnte der europäische Status des so genannten Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten noch einen wesentlich größeren Vorteil bieten, wenn daraus ein international anerkannter Sicherheitsstatus würde.

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 sind diverse neue Sicherheitsinitiativen zum Schutz vor Terrorismus eingeführt worden. Neben dem europäischen AEO existieren viele weitere Sicherheitsinitiativen. Das „Framework of Standards to Secure and Facilitate Global Trade“ (SAFE) der Weltzollorganisation (World Customs Organisation – WCO) definiert weltweite Rahmenbedingungen für ein Risikomanagement in den Zollverwaltungen. Die Europäische Union hat die sicherheitspolitischen Aspekte von SAFE mit der Änderung des Zollkodex in europäisches Recht umgesetzt. Ein wesentliches Element dieser Sicherheitsinitiative ist die Einführung des Status des „Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“ (AEO).

Mit der Umsetzung der neuen Zollvorschriften der EU, die den AEO enthalten, ist ein weiterer europäischer Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur Sicherheit der Lieferkette innerhalb der EU überflüssig geworden und wurde somit zurückgenommen.

Es kommen aber dennoch weitere Sicherheitsauflagen auf die Transportbranche zu, wie z.B. das von den USA geforderte 100 %-Scanning von Containern. Danach sollen ab 2012 alle in die USA verschifften Container am Abgangshafen gescannt werden. Eine Maßnahme, die, wie diverse Studien belegen<sup>1</sup>, zu unverhältnismäßigen Kosten mit zweifelhaftem Nutzen führen.

Die bessere Alternative zur allumfassenden Durchleuchtung ist die gegenseitige Anerkennung bestehender risikobasierte Sicherheitsregime der USA und der EU. Durch eine Teilnahme am US-Programm „Customs-Trade Partnership Against Terrorism“ (C-TPAT), werden Unternehmen im US-Verkehr bevorzugt behandelt, ebenso wie Unternehmen mit dem Status Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) in der EU.

An der Transportkette beteiligte Unternehmen müssen sich seit Jahren auf immer neue Sicherheitsanforderungen einstellen, ohne zu wissen, wogegen genau sie sich (je nach Gefährdungslage) schützen sollen und wann ein ausreichendes Schutzniveau erreicht ist, da dieses bis heute nicht definiert ist.

**Das Deutsche Verkehrsforum stellt an die Politik folgende Forderungen:**

---

<sup>1</sup> GAO-United States Government Accountability Office (Oct 2009): Supply Chain Security. | European Commission (11.02.2010): Secure trade and 100% scanning of containers, Brussels SEC(2010)131

1. Von der Bundesregierung fordert das Deutsche Verkehrsforum eine detaillierte Risikoanalyse. Weitere Sicherheitsinvestitionen würden nicht nur für die Unternehmen sehr teuer werden, sondern dürften im Endeffekt die gesamte Lieferkette entlang bis zum Verbraucher durchschlagen. Im Sinne des Verbrauchers und aller betroffenen Unternehmen sollte die Bundesregierung daher zunächst einmal genau untersuchen, ob und wo es sinnvoll ist, über bestehende Systeme hinaus in „mehr“ Sicherheit zu investieren.
2. Die Europäische Union und Bundesregierung sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, den AEO-Status international anerkennen zu lassen. Insbesondere eine Akzeptanz und Gleichstellung mit dem C-TPAT-Programm der US-Regierung wäre für die deutschen und europäischen Unternehmen eine große Erleichterung, ohne Sicherheitseinbußen.